

Liebe KollegInnen,

heute im Newsletter:

Kostendruck und Strategie

Der Kostendruck auf den sozialen Bereich ist spürbar, ebenso der ohnehin bestehende Druck der Kommunen im Rahmen der jeweiligen Haushalte.

Wie immer wird versucht, durch Begriffe wie Einsparen oder Sparen den Eindruck zu vermitteln, man würde damit etwas zur Seite legen.

Wenn ich etwas spare, dann lege ich Geld nicht für Ausgaben, sondern für zukünftige Ziele zur Seite. Zum Beispiel das Ziel, 3 Monate eine Weltreise zu unternehmen. Das geht nur, wenn mein Einkommen für die regelmäßigen Ausgaben ausreicht und ich umsteuern kann.

Die Idee des Sparens geht davon aus, dass die Einsparungen des einen Bereiches zu Gunsten von anderen Bereichen vorgenommen werden. Das also eine Vision dahintersteht, die man erreichen will (Weltreise).

Wenn ich meine Ausgaben kürze, dann deswegen, weil mein Einkommen für meine regelmäßigen Ausgaben nicht ausreicht.

Was aktuell passiert, ist daher keine Sparpolitik, sondern eine Kürzungspolitik, und ich bin der Meinung, das sollte man genauso vermitteln. Das ist klarer und fairer. Der Diskurs muss dann um eine gerechte Verteilung der Kürzungen gehen.

Aktuell findet eine Bewertung einzelner Gesellschaftsbereiche statt. Während man sich Soziales nicht mehr leisten könne, wird die Mehrwertsteuer im Bereich der Gastronomie um 12 % gesenkt sowie Milliarden in Wirtschaft, Infrastruktur und Rüstung investiert. Die Vision dahinter ist ein starker und wehrhafter Staat, der sich gegen innere und äußere Bedrohungen zu wehren weiß.

Für Führungskräfte bedeutet dies eine Herausforderung. Mitarbeitende müssen vor der damit einhergehenden Abwertung deren Leistungen (angeblich zu teuer, zu ineffizient) geschützt werden, damit in einem Beschäftigungssektor, der einen Mangel an Arbeitskräften hat, weiterhin genügend Menschen da sind.

Andererseits ist die inhaltliche Fokusverschiebung von Sozialpädagogik hin zu Sozialarbeit zu bewältigen. Im Umgang mit betreuten und bedürftigen Menschen verschiebt sich der Blickwinkel. Das Postulat, dass mit genügend individueller Förderung eine Integration in das Gemeinwesen, Arbeit und einen gesellschaftlich kompatiblen Lebenslauf möglich wird, wird auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Kosten in Frage gestellt. Die Frage nach Effizienz ist, politisch gesehen als Diskurs und Willensbildung richtig. Zu einseitig und kurzsichtig ist es, soziale Leistungen ohne Vision und Strategie auf das unabdingbare zurück zu kürzen. Dies verspricht keine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Ebenso wenig eine wirtschaftliche Belebung.

So kann die Europäische Jugendstrategie (2019-2027), die politisch vereinbart wurde, nicht umgesetzt werden. Deren Ziele für junge Menschen können wie folgt beschrieben werden:

- Es jungen Menschen zu ermöglichen, ihr eigenes Leben zu gestalten, sie in ihrer persönlichen Entwicklung zu unterstützen und sie widerstandsfähiger (resilienter) zu machen,
- junge Menschen zu ermutigen und sie mit den notwendigen Mitteln auszustatten, um aktive Bürgerinnen und Bürger zu werden (Förderung demokratischen Selbstverständnisses),
- politische Entscheidungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf junge Menschen, insbesondere hinsichtlich Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und soziale Inklusion zu verbessern,
- zur Beseitigung der Jugendarmut und aller Formen von Diskriminierung beizutragen und die soziale Inklusion zu fördern.

Muss der Sektor der Jugendhilfe die aktuelle Entwicklung so hinnehmen? Hier lohnt ein Blick auf das Deutsche Institut der Wirtschaft, das aus der Sicht eines notwendigen wirtschaftlichen Aufschwungs die Entwicklungen kommentiert.

Zu den Faktoren, die den Standort Deutschland stärken, gehören Verlässlichkeit, Sicherheit, ein stabiles und zukunftsorientiertes Bildungssystem sowie sozialer Frieden und eine gute Daseinsvorsorge.

Hierzu ein Kommentar des DIW:

„Nachhaltige innere Sicherheit kann aber vor allem durch Prävention erreicht werden. Sie ist besonders wirksam, wenn sie den Einstieg in die Kriminalität verhindert. Bildung, Chancengerechtigkeit, Arbeitsmarktperspektiven und sozialpolitische Maßnahmen sind dabei entscheidend. Diese Faktoren sind sowohl aus wirtschafts- als auch aus kriminalpolitischer Sicht wichtig. Hier bedarf es eines Umdenkens in der Sicherheitspolitik hin zu einem gesamtpolitischen Ansatz, der wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte mitdenkt und zu einer evidenzbasierten Kriminalpolitik führt.“

Es lohnt sich, vom Ende her zu denken und zu argumentieren. Wenn wir uns eine prosperierende deutsche Gesellschaft der Zukunft vorstellen, die sich wirtschaftlich produktiv aufstellt, dann sind folgende Faktoren von entscheidender Bedeutung:

- Verlässlichkeit der Systeme, Gesetze und Verordnungen werden umgesetzt, Delikte schnell und klar geahndet,
- Bildung, da wirtschaftliche Entwicklung und Fortschritt ein Fundament benötigen,
- Offenheit gegenüber ZuwanderInnen,
- Integration unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen in den Werte- und Normenkatalog unserer Gesellschaft,
- Innere Sicherheit,
- Stabilität der politischen Systeme

Junge Menschen zu ertüchtigen, die oben beschriebene Punkte in ihrem Leben aktiv umzusetzen, nennt sich Sozialisation.

Diese Sozialisierungsarbeit ist Aufgabe der Jugendhilfe, die dazu die entsprechenden Ressourcen benötigt.

Was bedeutet dies für Träger?

Diese **sozialarbeiterische Sichtweise in die Kultur der Einrichtungen einfließen zu lassen** um im Einzelfall argumentativ sicher zu sein.

Die inhaltliche Zusammenarbeit und der Zusammenhalt vor Ort ist notwendig. Letztlich bestimmt der Gemeinderat über die Verteilung und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die **Abstimmung in inhaltlichen Gremien, das Zusammenfinden zu Einigkeit, Konkurrenzsituationen regulieren und eine an gemeinsamen Zielen orientieren Strategie**, die gemeinsam transparent zu den öffentlichen Jugendhilfeträgern kommuniziert wird, ist der Kern einer guten und allen (öffentlichen und freien) Akteuren dienlichen Jugendhilfelandchaft.

In den jeweiligen Gremien nach § 78 ist es daher hilfreich, die jeweiligen SozialbürgermeisterInnen und DezernentInnen zu jeder Sitzung mit einzuladen.

Auf Landesebene finden die nächsten Landtagswahlen am 08.03.2026 statt. Ein idealer Zeitpunkt die KandidatInnen und Fraktionen einzuladen ist in der 6. KW oder 9. KW (Fastnacht ist vom 12.-18.02.2026). Darüber wird **Jugendhilfe sichtbar und wahrgenommen**.

Mit der Vorbereitung eines Termins müsste im November begonnen werden und dieser dann schon bis 15.11. an die KandidatInnen und Fraktionen kommuniziert werden. Diese findet man über diesen Link <https://www.landtagwahl-bw.de/parteien-ltw0/wahlkreiskandidierende> .Dann hat man gute Chancen, im Kalender bereits eingetragen zu sein.

Ändern können wir äußere Entwicklungen, die auf die Jugendhilfe einwirken, nicht aber wir können die Interessen der betreuten Menschen, Familien, Mitarbeitenden und Einrichtungen aktiv und gewichtig kommunizieren.

Ich wünsche Euch und Ihnen einen guten Einstieg in den Herbst und danke Ihnen und Euch für Eure Rückmeldungen,

Michael Schröpfer
old is not dead UG
Karl-Schrempp-Str. 9
76133 Karlsruhe
0174 76 15 732
www.oind.de

Wer sich gerne austragen möchte, bitte einfach auf diese Mail antworten und „bitte austragen“ schreiben. Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte bitte ebenfalls einfach ein kurze Mail senden.